

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Bericht zur Evaluation der Beteiligungsformen für Migrantinnen und Migranten im Land Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, bis zur Plenarsitzung im März 2016 einen Bericht vorzulegen. Dieser soll beinhalten:

1. Darstellung der im Land Brandenburg auf gemeindlicher und kreislicher Ebene vorhandenen bzw. praktizierten Formen der Migrantenbeteiligung
2. Weitgehende Evaluation der Beteiligungsformen hinsichtlich Einbindung in den politischen Raum, Chancen der Selbstaktivierung der Migrantinnen und Migranten, interkulturelle Arbeitsweise zur Verknüpfung möglichst vieler Migrantengruppen
3. Bewertung der Möglichkeiten zum Ausbau der migrantischen Selbstverwaltung

Begründung:

Die zunehmende Zahl schutzsuchender Menschen in Brandenburg hat die Landespolitik im Jahr 2015 in besonderer Weise beschäftigt. Dabei kann sich die Politik auf eine starke Zivilgesellschaft stützen, die durch unermüdliche, zu allermeist ehrenamtliche Arbeit einen gewichtigen Beitrag zur friedlichen Aufnahme Asylsuchender leistet. Darüber hinaus leben auch Migrantinnen und Migranten aus zahlreichen Ländern seit vielen Jahren in Brandenburg, die keine Asylbewerber sind oder waren.

Während sich in vielen Orten oder Landkreisen mehr oder weniger informelle Willkommensinitiativen bilden, gibt es in anderen Kommunen formell gewählte oder berufene Migrationsbeiräte, die mal mehr, mal weniger in die politischen Abläufe eingebunden sind. Ihnen kommt eine Mittlerrolle zwischen Migrantenselbstverwaltung und den (unter)staatlichen Strukturen zu.

Dabei ist nach allen migrationswissenschaftlichen Erkenntnissen die Ermöglichung der selbstbestimmten Teilhabe bzw. Artikulation der teilweise gruppenspezifischen Bedürfnisse ein erstrebenswertes Ziel. Die eigenaktivierte Partizipation stärkt interkulturelle Kompetenz und ermöglicht Integration.

Der Landtag hat am 10.07.2015 den Antrag auf Einführung direkt gewählter Migrationsbeiräte im gesamten Land (Drs. 6/1879) abgelehnt. Dies wurde hauptsächlich damit begründet, dass keine landeseinheitlichen Vorgaben für die lokalen bzw. regionalen Beteiligungsformen gemacht werden sollten. Dies nimmt die einreichende Gruppe zur Kenntnis.

Zugleich muss berücksichtigt werden, dass seitdem die Zahl der Asylsuchenden erheblich gestiegen ist und dies nach allen Prognosen auch weiter der Fall sein wird. Daher erscheint es als dringend geboten, zumindest grundlegende Formen der Beteiligungsmöglichkeiten zu eruieren. Angesichts der landesweit gegebenen Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund besteht ein landespolitisches Interesse daran, die von Ort zu Ort unterschiedlichen Beteiligungsformen zu kennen und zu verstehen, um hieraus ggf. positive Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für das ganze Land abzuleiten.

Deswegen soll die Landesregierung gebeten werden, einen Bericht zu erstellen, der die unterschiedlichen Beteiligungsformen analysiert und insbesondere im Hinblick auf Einbindung in den politischen Raum, aber auch möglichst weitgehende Verknüpfung der unterschiedlichen Migrantengruppen analysiert.

Eine positive Aktivierung der Mitwirkungsbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund steht im gesamtgesellschaftlichen Interesse des Landes Brandenburg. Auch wenn der Prüfumfang nicht unerheblich ist, schlägt die einreichende Gruppe aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit die Plenarsitzung im März 2016 als zeitliches Ziel zur Erstellung vor.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe